Beschlussvorlage Stadt Bersenbrück	Vorlage Nr.: 1264/2018			
Sanierungsgebiet "Innenstadt- Erweiterung"; Hier Aufhebung der Sanierungssatzung				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt	08.02.2018	öffentlich	Vorberatung	
Verwaltungsausschuss	27.02.2018	nicht öffentlich	Vorberatung	
Stadtrat Bersenbrück	04.04.2018	öffentlich	Entscheidung	

- Anlage:** - **Entwurf der Aufhebungssatzung**
- **Geltungsbereich des Sanierungsgebietes Innenstadt – Erweiterung**

Beschlussvorschlag:

„Die Satzung der Stadt Bersenbrück über die Aufhebung der Satzung vom 16. Juni 2009 über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Innenstadt- Erweiterung“ wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.“

1. Finanzielle Auswirkungen

- Ja
 Nein

2. Beteiligte Stellen:

Sachverhalt:

Seit dem Jahre 2005 führt die Stadt Bersenbrück das Sanierungsverfahren Bersenbrück-Innenstadt durch. Hierzu wurde am 28.06.2005 die Satzung der Stadt Bersenbrück über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Innenstadt beschlossen. Mit Beschluss des Rates vom 16.09.2009 wurde das Sanierungsgebiet nach Norden erweitert und es wurden die Grundstücke im Kreuzungsbereich Ankumer Straße, Quakenbrücker Straße und Gehrder Straße in die Sanierung eingezogen.

Das Sanierungsverfahren im Ursprungsgebiet ist bereits abgeschlossen. Die diesem Verfahren zu Grunde liegende Satzung wurde am 20.10.2014 durch Ratsbeschluss aufgehoben. Die Ausgleichsbeträge wurden von den Anliegern erhoben bzw. per

Vertrag abgelöst.

Auch für das nördliche Erweiterungsgebiet sind die Sanierungsmaßnahmen umgesetzt worden. Als öffentliche Hauptmaßnahme ist hier die Erneuerung und Umgestaltung des Kreuzungsbereiches mit den abzweigenden Straßenzügen zu nennen. Des Weiteren wurden private Maßnahmen gefördert. Hier ist insbesondere die Beseitigung der städtebaulichen Missstände auf den Grundstücken Quakenbrücker Straße 12 und 14 und Ankumer Straße 3 zu nennen.

Da neben dem Abschluss der Maßnahmen auch der Förderzeitraum am 31.12.2017 geendet ist, kann nunmehr die Satzung aufgehoben werden, damit die Sanierungs-Ausgleichsbeträge erhoben werden können. Ein Großteil der Anlieger hat per Vertrag abgelöst. Lediglich von 6 Anliegern ist der Ausgleichsbetrag noch per Bescheid zu erheben.

gez. Klütsch
(Bürgermeister)